

ANSPRECHPARTNER

**Frank Bonath**

Sprecher für Energie & Umwelt

frank.bonath@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9200**Klaus Hoher**

Sprecher für Naturschutz

klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9330**Daniel Karrais**

Sprecher für Klimaschutz

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9340**Isabell Hegyi**

Parlamentarische Beraterin

isabell.hegyi@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9136

UMWELT, KLIMA & ENERGIEWIRTSCHAFT

Das grün-schwarze Klimaschutzgesetz ist Klimaschutz nach dem Prinzip Hoffnung

Wir unterstützen die Ziele der Pariser Klimakonferenz ausdrücklich. Diese werden wir aber nicht nach dem Prinzip Hoffnung erreichen. Doch genau darauf setzt die Landesregierung mit der im Oktober 2021 verabschiedeten Novelle des Klimaschutzgesetzes.

» Das Ziel bis zum Jahr 2040 Klimaneutralität zu erreichen ist politisches Marketing. Das Klima wirkt global, Klimaschutz endet nicht an der Landesgrenze.

» Eine Photovoltaikpflicht für alle Hausdächer und der forcierte Ausbau der Windkraft an Orten, wo kein Wind weht, werden den Herausforderungen der Energiewende nicht gerecht.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert sich für Klimaschutz auf der Basis von Wissenschaft, Technologieoffenheit und Vernunft einzusetzen und das Klimaschutzgesetz um Zukunftsstrategien zu ergänzen, die:

- » [die Potentiale von Wasserstoff](#).
- » [die Potentiale der Technologien](#) zur Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ (CCUS-Technologien),
- » [die Potentiale des Sektors Landnutzung](#), Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) heben und
- » auf einen [marktwirtschaftlichen Ausbau der erneuerbaren Energien](#) hin zu einem integrierten Energiesystem setzen.

Wir brauchen auch wirksame Strategien zur Anpassung an den Klimawandel. Diese fehlen in der Novelle. Grün-Schwarz musste aufgrund unserer Anfrage zugeben, dass es in Sachen Klimaanpassung eine „Umsetzungs- und Handlungslücke“ gebe (siehe [Drucksache 17/662](#)). Dies erscheint umso fataler, da aktuellen Untersuchungen zufolge in der Zukunft vor allem Baden-Württemberg von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen sein wird. Wir haben deshalb [Vorschläge für eine wirksame Strategie zur Klimaanpassung](#) eingebracht wie Frühwarnsysteme, leistungsfähigere Abwassersysteme oder Überflutungsflächen. Die Kommunen brauchen die notwendige Unterstützung für eine klimaresiliente Stadtentwicklung. Notwendig sind auch innovative Verfahren für die Böden und Pflanzen, die resistenter gegen extreme Wetterbedingungen sind. Vorausschauendes und vorsorgendes Handeln ist jetzt maßgeblich.

Die Landesregierung lehnte unsere Forderungen ab. Sie setzt auf dirigistische Maßnahmen, die den Wohlstand und die Wirtschaftlichkeit des Industriestandorts Baden-Württemberg gefährden, die Akzeptanz der Menschen verspielen und damit auch den Klimaschutz konterkarieren.

Wir begreifen Klimaschutz als Chance für Innovationen, Modernisierung und Transformationsprozesse. Diese wollen wir heben, denn wir sind überzeugt: Klimaschutz und Wohlstand gehen Hand in Hand.

UNSERE INITIATIVEN FÜR KLIMASCHUTZ ALS INNOVATIONSTREIBER:

- » Klimaschutz als Innovationstreiber ([Hier klicken](#))
- » [17/662](#) - Maßnahmen zur Klimaanpassung in Baden-Württemberg
- » [17/614](#) - Novelle des Klimaschutzgesetzes für Baden-Württemberg
- » [17/482](#) - Pläne der Landesregierung zur CO₂-Bepreisung
- » [17/391](#) - Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg
- » [17/294](#) - Bedeutung von Photovoltaikanlagen mit Stromspeichern für die Energiewende
- » [17/205](#) - Potenziale von Freiflächen-Photovoltaik auf aufgelassenen Weinbergen

IM FOKUS

PHOTOVOLTAIK-PFLICHT AUF DÄCHERN

Arbeitskreis:
**Umwelt, Klima
 & Energiewirtschaft**

Ansprechpartner:
**Frank Bonath
 Klaus Hoher
 Daniel Karrais**

Umweltministerin Walker meinte im Oktober, dass das Land mit der Erweiterung der PV-Pflicht auf alle Neubauten und bei grundlegenden Dachsanierungen im neuen Klimaschutzgesetz eine bundesweite Spitzenposition beim Klimaschutz habe.

Dem widerspricht der energiepolitische Sprecher unserer Fraktion, Frank Bonath, deutlich: „Baden-Württemberg ist Sonnenland. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir diese Potentiale heben. Um die Klimakrise zu lösen, muss aber jeder Quadratmeter und jeder Euro optimal eingesetzt werden und das gilt auch für den Solarstrom.“

Frank Bonath betont, dass eine Photovoltaik-Pflicht für alle Hausdächer nicht zielführend sei: „Sie verteuert lediglich das Bauen und Wohnen. Da die Pflicht auch an die Sanierung der Dachfläche geknüpft ist, wird die Sanierungsrate in diesem Bereich sinken, da viele Gebäudebesitzer die zusätzlichen Kosten gar nicht stemmen können.“

Außerdem werden viele Anlagen mit großer Wahrscheinlichkeit nur so geplant werden, dass sie den Mindestanforderungen entsprechen. So gehen wertvolle Flächen verloren, die ohne Pflicht vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt, dafür aber effektiver mit Photovoltaik ausgebaut würden“. Er schlägt vor: „Dachanlagen muss es einfach gemacht werden, mit geringem wirtschaftlichem, bürokratischem

und technischem Aufwand ihren Beitrag zur Versorgungs- und Systemsicherheit zu leisten. Das kann zum Beispiel durch die Beteiligung an einem Quartierskonzept oder durch die Nutzung eines dezentralen Batteriespeichers geschehen. Gerade in Kombination mit Batteriespeichern können die Systemdienlichkeit und der Eigenverbrauchsanteil einer Photovoltaikanlage signifikant erhöht werden. Anstatt also durch eine Pflicht die Akzeptanz der Bürger zu verspielen, müssen wir die richtigen Anreize setzen.“

Unser klimapolitischer Sprecher Daniel Karrais ergänzt: „Alle Möglichkeiten, mit geringem Aufwand und Einfluss auf die Natur Solarenergie zu gewinnen, sollten in Betracht gezogen werden. Wir müssen auch die bisher unerforschten Potentiale für Photovoltaik im Land suchen und nutzen.“ Er sieht zum Beispiel in aufgelassenen Weinbergen großes Potential: „Zwar ist das nur eine Option für Flächen, in denen Weinbau nicht mehr sinnvoll möglich ist, ein Ansatz für mehr Solarstrom ist es aber.“

Hunderte Hektar Rebfläche liegen im Südwesten brach, für viele gibt es kein Pflanzrecht mehr.“ Die Landesregierung aber hatte diese Möglichkeit nicht einmal auf dem Schirm, wie unsere [Anfrage](#) bei der Landesregierung im Juli zeigte.

Hier geht's zurück zur Übersicht!